

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

03. März 2014

Afghanistan

Medizinische Versorgung

Nach einem Bericht der Hilfsorganisation „Ärzte ohne Grenzen“ haben viele Afghanen keinen Zugang zu ausreichender Gesundheitsversorgung. Eine Befragung von 800 Patienten in Kliniken in den Provinzen Kabul, Kunduz, Khost und Helmand habe ergeben, dass viele Gesundheitseinrichtungen nicht angemessen funktionierten. Mehr als die Hälfte der Befragten gab an, dass sie die nächstgelegene Gesundheitseinrichtung nicht hätten erreichen oder dort nicht angemessen hätten behandelt werden können. Sie hätten weite Wege zurücklegen müssen, auf denen sie Gefahren wie Kämpfen, Minen, zeitraubenden Checkpoints oder sonstigen Bedrohungen ausgesetzt gewesen seien.

Pakistan

Anschlag in Islamabad

In der Hauptstadt drangen am 03.03.14 mehrere Selbstmordattentäter in ein Justizgebäude ein, warfen Handgranaten und eröffneten das Feuer. Dabei starben mindestens elf Menschen, mehr als 30 wurden verletzt. Die Taliban erklärten, für den Anschlag nicht verantwortlich zu sein. Der Angriff ereignete sich in einem hoch gesicherten Viertel der Hauptstadt. Es war der schwerste Anschlag seit der Explosion vor dem Marriott-Hotel im Herbst 2008.

Neue Ausweise für afghanische Flüchtlinge

Pakistan begann mit der Ausgabe neuer „Proof of Registration“-Karten für die ca. 1,6 Millionen registrierten afghanischen Flüchtlinge. Die Karten gelten bis Ende 2015 und dienen zum Nachweis eines legalen Aufenthaltes. In einer ersten Phase werden bis Juni 2014 alle abgelaufenen Karten ersetzt werden. Ab Juli 2014 werden zusätzlich neue Karten für ca. 150.000 Kinder ausgestellt, die in den letzten fünf Jahren geboren wurden. Für weitere 330.000 Jugendliche unter 18 Jahren werden Geburtsurkunden ausgestellt.

Offensive gegen Taliban

Die Offensive der pakistanischen Armee gegen Taliban in Nordwaziristan (vgl. BN v. 24.02.14) dauerte in der vergangenen Woche an. Bei einer Reihe von Luftangriffen sollen mehr als 120 mutmaßliche Taliban getötet worden sein. Berichte über zivile Opfer liegen nicht vor. Tausende haben inzwischen die Region verlassen. Stammesangehörige sprechen von fast 50.000 Menschen. Offiziellen Angaben zufolge sollen die Binnenvertriebenen im Falle weiterer Militäreinsätze in Camps in Bannu und Dera Ismail Khan untergebracht werden. Am 01.03.14 haben die Taliban einen einseitigen Waffenstillstand für einen Monat verkündet. Das pakistanische Militär setzte die Angriffe auf Extremisten zunächst fort, nachdem am 01.03.14 bei einem erneuten Anschlag auf Impfhelfer in der Provinz Khyber Pakhtoonkwa zehn Polizisten getötet und elf verletzt worden waren. Am 02.03.14 verkündete die Regierung als Reaktion auf das Angebot der Taliban die Einstellung der Luftangriffe.

Weitere Anschläge

Am 23.02.14 wurden in der Provinz Balochistan (Distrikt Dera Bugti) bei der Explosion eines an der Straße versteckten Sprengsatzes eine Frau getötet und sieben Personen verletzt. In dem Distrikt ereignen sich seit Jahren Gewalttaten und Bombenanschläge.

Irak

Sicherheitslage

Im Februar 2014 wurden nach der Zählung von Iraq Body Count 930 Zivilpersonen getötet. Im Januar gab es 1.076 Todesopfer und im März (Stand: 01.03.14) 40 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung.

Nach Angaben von UNAMI wurden 564 Zivilpersonen im Februar 2014 getötet und 1.179 verletzt. Weiterhin starben 139 Angehörige der irakischen Sicherheitskräfte und 202 wurden verletzt. Diese Angaben enthalten nicht die Opferzahlen aus der Provinz Anbar.

Die am stärksten betroffene Provinz war Bagdad mit 239 Toten und 551 Verletzten, gefolgt von Salahaddin (121 Tote, 235 Verletzte), Ninive (94 Tote, 133 Verletzte), Babil (53 Tote, 131 Verletzte) und Diyala (39 Tote, 96 Verletzte).

Nach Angaben der Nachrichtenagentur AFP wurden im Februar mindestens 744 Menschen getötet. Die Zahl der Opfer sei gegenüber Januar mit 991 zurückgegangen. Nach Angaben der irakischen Regierung sollen 790 Menschen, Zivilpersonen und Angehörige der Sicherheitskräfte, getötet worden sein. Die am stärksten betroffenen Provinzen waren AFP zufolge: Bagdad, Anbar, Salahaddin, Diyala, Kirkuk und Ninive.

Syrien

Tod von 175 islamistischen Rebellen

Staatliche syrische Medien meldeten am 26.02.14, dass unter der Führung der libanesischen Miliz Hizbollah 175 islamistische Rebellen, fast nur Jordanier und Saudi-Araber, die der Jabhat al-Nusra bzw. der Liwa al-Islam angehört hätten, östlich von Damaskus, in der Region Ost-Ghouta, getötet worden seien. Die Organisation Syrischer Menschenrechtsbeobachter in London bestätigte den Tod von mindestens 70 Rebellen, 89 weitere würden vermisst. Insgesamt sollen bislang in dem Bürgerkrieg 140.000 Menschen getötet worden sein, allein bei Kämpfen unter den Oppositionsgruppen 3.300 Personen seit Beginn des Jahres 2014.

Angehörige von oppositionellen Delegierten der Genfer Friedensverhandlungen festgenommen

Nach Angaben der USA vom 27.02.14 ordnete der syrische Präsident Bashar al-Assad die Festnahme von Familienmitgliedern Oppositioneller an, die an den Genfer Friedensverhandlungen teilgenommen hatten. Die oppositionellen Delegierten wurden von der syrischen Führung als Terroristen bezeichnet und ihr Vermögen beschlagnahmt. Der seit September 2013 von der Nationalen Koalition der Syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte zum Premierminister der syrischen Exilregierung gewählte Ahmed Tomeh bestätigte die Praxis der Festnahme von Angehörigen von Oppositionellen und berichtete von der Hinrichtung des Sohns des Oppositionspolitikers Fayeze as Sarrah vor wenigen Wochen durch „Schergen des Regimes“.

Syrischer Nationalrat will in die oppositionelle Nationale Koalition zurückkehren

Am 28.02.14 erklärte der oppositionelle Syrische Nationalrat (SNC), er werde in die Nationale Koalition der Syrischen Revolutions- und Oppositionskräfte zurückkehren, die er am 20.01.14 verlassen hatte, weil sie an den Genfer Friedensverhandlungen teilgenommen hatte. Als Grund für die Rückkehr wurde genannt, die Ziele der syrischen Bevölkerung seien in den Verhandlungen nicht erreicht worden.

Libanon

Gebiete von syrischem Regime und Rebellen beschossen

Am 28.02.14 wurde das schiitische Dorf Birtal, eine Hochburg der Hizbollah, und ein Gebiet in der Nähe des von Sunniten bewohnten Dorfes Arsal, in dem viele Rebellen und Flüchtlinge aus Syrien Schutz gefunden

haben, von der syrischen Luftwaffe und den Rebellen beschossen. Hintergrund des Angriffs soll eine Offensive der syrischen Armee und der schiitischen libanesischen Miliz Hizbollah auf die grenznahe syrische Stadt Jabrud sein. Nach Angaben der staatlichen libanesischen Nachrichtenagentur sollen Kämpfer der syrischen oppositionellen Gruppierung Jabhat al-Nusra in der Nähe von Arsal zwei syrische Unterstützer des syrischen Regimes hingerichtet haben.

Iran

Kultusminister will Internet-Zensur lockern

Die Regierung plant eine Lockerung der Internet-Zensur. Die Regelungen sollten der heutigen Zeit angepasst und aktualisiert werden, sagte Kultusminister Janati nach einem Bericht der Nachrichtenagentur IRNA. So besäßen rd. 70% der Einwohner Teherans Satellitenschüsseln und schauten sich ausländische Fernsehsender an, obwohl dies verboten sei. Demnach verstießen Millionen Bürger in der Hauptstadt täglich gegen das Gesetz. Dieser Zustand sei absurd und sollte revidiert werden, betonte Janati. In Iran sind Tausende Internetseiten gesperrt, weil sie als „unislamisch“ gelten, darunter Angebote wie Twitter und Facebook. Ein Zugang ist nur über technische Umwege möglich. Bisher scheiterten Bemühungen für eine Lockerung am Klerus und an der konservativen Opposition. In Iran bestimmt ein 13-köpfiges Komitee, welche Internetinhalte eingesehen werden können. Nach Janatis Worten haben sich nun sechs Minister, die dem Komitee angehören, dafür ausgesprochen, dass „wir uns nicht länger von der Welt isolieren können“.

Türkei

Schließung von Gülen-Privatschulen

Das Parlament stimmte in der Nacht zum 01.03.14 mit großer Mehrheit (226 Abgeordnete dafür und 22 dagegen) für die Regierungsvorlage zur Schließung der Privatschulen der Organisation des in den USA lebenden islamischen Predigers Fethullah Gülen. Demnach müssen die rund 4000 Nachhilfeschulen bis zum 01.09.15 ihren Betrieb einstellen. Dem Votum war eine Parlamentsdebatte vorausgegangen, bei der es zu Handgreiflichkeiten zwischen den Abgeordneten kam.

Bildung ist ein zentrales Element der Gülen-Bewegung. Sie betreibt in rund 140 Ländern zahlreiche Schulen, Nachhilfeeinrichtungen und Studentenwohnheime, einige davon auch in Deutschland.

Ägypten

Rücktritt der Regierung

Überraschend trat am 24.02.14 die Übergangsregierung zurück. Das von der ägyptischen Bevölkerung wegen der anhaltenden Wirtschaftskrise als erfolglos wahrgenommene Kabinett unter Ministerpräsident Hasem al Beblawi soll damit auf Streiks reagiert haben, von denen in den vergangenen Wochen zahlreiche Behörden betroffen waren. Beobachter halten es auch für möglich, dass der Rücktritt erfolgte, um die Präsidentschaftskandidatur von Armeechef Abd al-Fattah al-Sisi vorzubereiten. Sisi hätte sich demnach rechtzeitig von der erfolglosen Übergangsregierung getrennt, der er selbst als Verteidigungsminister angehörte.

Übergangspräsident Adly Mansur ernannte am 25.02.14 mit Ibrahim Mahlab einen früheren Vertrauten Hosni Mubaraks zum neuen Ministerpräsidenten.

Offensive der Armee auf der Sinai-Halbinsel

Die ägyptische Armee ging am 27.02.14 mit mehreren tausend Soldaten gegen Hochburgen von Islamisten im Norden des Sinais vor. Mindestens sechs Extremisten, von denen einer der Ansar Beit al-Makdis (eine der al-Qaida nahestehende Organisation) angehört haben soll, kamen dabei ums Leben. Bei Razzien nahe der Provinzhauptstadt Al-Arisch nahmen die Sicherheitskräfte 14 Terrorverdächtige fest.

Libyen

Bewaffnete stürmten Übergangsparlament

In Tripolis stürmten am 02.03.14 bewaffnete Demonstranten das Parlamentsgebäude. Nach offiziellen Angaben wurden dabei zwei Abgeordnete durch Schüsse verletzt. Die Angreifer forderten die Auflösung des Übergangsparlaments, das im Sommer 2012 für zunächst 18 Monate eingerichtet worden war. Anfang Februar 2014 beschlossen die Abgeordneten eine Verlängerung der Amtszeit bis Dezember, obwohl große Teile der Bevölkerung dagegen waren, da sie dem Parlament fehlende Erfolge bei der Befriedung des Landes vorwerfen.

Nigeria

Dutzende Schüler bei Angriff auf Internat getötet

In der Nacht vom 24. zum 25.02.14 attackierten mehr als 50 mutmaßliche Angehörige der islamistischen Organisation Boko Haram im nordöstlichen Bundesstaat Yobe das „Federal Government College“ in der Kleinstadt Buni Yadi, Gujiba Local Government Area. Der Großteil des Schulkomplexes wurde niedergebrannt. Laut offiziellen Angaben sollen 29 Schüler getötet worden sein; ein Vertreter eines Krankenhauses sprach von 59 Toten. Diese wurden von den Angreifern entweder erschossen bzw. mit dem Messer getötet oder sind in den von Boko Haram abgeschlossenen Schlafsälen verbrannt. Unter den Todesopfern sollen sich keine Mädchen befunden haben. Diese seien von Boko Haram mit der Anweisung, zu heiraten und die „westliche Bildung“ aufzugeben, nach Hause geschickt worden. Teilweise wird berichtet, dass 16 Schülerinnen entführt wurden.

Tote bei Terroranschlägen auf Bevölkerung

Am 01.03.14 gegen 18 Uhr explodierte in dem in der Nähe des Flughafens gelegenen Stadtviertel Ajilari von Maiduguri, der Hauptstadt des nordöstlichen Bundesstaates Borno, auf einem belebten Markt eine Autobombe. Etwa 15 Minuten später explodierte an gleicher Stelle eine zweite Autobombe, deren Opfer die Personen wurden, die den durch die erste Autobombe Verletzten Hilfe leisteten. Insgesamt wurden über 50 Menschen, darunter viele Kinder, getötet und fast 60 verletzt.

Etwa zur selben Zeit stürmten in Borno Dutzende bewaffnete Angreifer in Armeeuniformen mit Autos und Motorrädern das rund 50 km nördlich der Stadt Maiduguri gelegene Dorf Mainok. Sie feuerten Panzerfäuste ab und schossen mit Kalaschnikows um sich. Mindestens 39 Menschen wurden getötet, das gesamte Dorf wurde zerstört.

In der Nacht vom 26. zum 27.02.14 attackierten im nordöstlichen Bundesstaat Adamawa mutmaßliche Boko Haram-Angehörige in 13 Pickups zunächst das an der Grenze zu Kamerun gelegene Dorf Kirchinga. Als die Dorfbewohner in die benachbarte Stadt Shuwa flohen, wurden sie von den Terroristen verfolgt. Soldaten an Kontrollstellen flüchteten vor den Angreifern. Auch das Dorf Michika im selben Gebiet wurde von Boko Haram angegriffen. Insgesamt starben bei dem Angriff 37 Menschen.

Für alle Anschläge wird Boko Haram verantwortlich gemacht. Laut Angaben von Amnesty International vom 28.02.14 starben bei zumeist der Boko Haram zugeschriebenen Angriffen seit Jahresbeginn über 600 Menschen. Das UN-Büro zur Koordinierung humanitärer Hilfe (OCHA) erklärte am 27.02.14, dass in den drei nordöstlichen Bundesstaaten Borno, Yobe und Adamawa im Zeitraum Mai 2013 (Verhängung des Ausnahmezustands in den drei Bundesstaaten) bis Ende 2013 rund 290.000 Menschen, davon 51 Prozent Kinder, intern vor den Angriffen der Boko Haram geflohen sind.

Somalia

Autobombenanschlag in Mogadischu

Bei der Explosion eines mit Sprengstoff beladenen Fahrzeugs vor einem Café nahe der Zentrale der somalischen Sicherheitsbehörden in Mogadischu starben am 27.02.14 mindestens zwölf Menschen, acht wurden verletzt. Unter den Toten waren neben Zivilisten auch Sicherheitskräfte und Geheimdienstmitarbeiter. Zu dem Anschlag bekannte sich die al-Shabaab.

Drohende Hungersnot

Die UN warnen vor einer neuen Hungersnot in Somalia. Zwei Mio. Menschen hätten nicht genug Nahrung, etwa 50.000 Kinder seien vom Hungertod bedroht. Die UN erwarteten noch immer Gelder der internationalen Gemeinschaft. Sie hätten bisher erst vier Prozent der 930 Mio. US\$ erhalten, die für Hilfe in Somalia in diesem Jahr veranschlagt würden. Die Situation derzeit sei mit einem Vorstadium der Hungersnot von 2011 vergleichbar. Damals starben nach UN-Angaben 260.000 Menschen an den Folgen von Unterernährung.

Zentralafrikanische Republik

Christliche Milizen töten Muslime

Im Südwesten haben christliche Milizionäre wohl mehr als 100 Muslime umgebracht. An zwei unterschiedlichen Orten seien Massaker verübt worden, berichteten zentralafrikanische Journalisten unter Berufung auf Augenzeugen. In den Wäldern der abgelegenen Region halte das Morden auch gegenwärtig an.

In dem Ort Guen hätten Mitglieder der sog. Anti-Balaka-Miliz („Gegen die Macheten“) Muslime getötet. Bei den Opfern handle es sich um Vertriebene, die vor der Gewalt aus den umliegenden Dörfern nach Guen geflohen seien.

Etwa 800 Muslime suchten nach Medienberichten Schutz in der katholischen Kirche und dem Haus des Imam. Dort seien die Milizionäre eingedrungen, hätten sich ihre Opfer geholt und einen nach dem anderen erschossen.

Im Wald nahe Guen töteten Milizionäre mehr als 50 Muslime, die sich dort versteckt hielten, wie ein lokaler Journalist dem Evangelischen Pressedienst sagte.

Uganda

Präsident unterzeichnete Strafgesetz zur Homosexualität

Präsident Yoweri Museveni setzte am 24.02.14 ein Gesetz zur härteren Bestrafung homosexueller Handlungen in Kraft.

Homosexuelle Handlungen können bei schwereren Fällen mit lebenslanger Haft bestraft werden. Dazu zählen wiederholter Geschlechtsverkehr zwischen homosexuellen Erwachsenen sowie homosexuelle Handlungen mit Minderjährigen oder HIV-Positiven. Ein erstes homosexuelles Vergehen wird mit bis zu 14 Jahren Haft geahndet.

Die Menschenrechtsorganisation Amnesty International bezeichnete das Gesetz als „gigantischen Rückwärtsschritt“ für Uganda. Durch seine Einführung würden „Hass und Diskriminierung gegen Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender und Intersexuelle institutionalisiert“.

Von der Einführung der Todesstrafe wurde aufgrund internationaler Kritik abgesehen. Einen Tag nach Inkrafttreten des strengen Anti-Homosexualitäts-Gesetzes veröffentlichte eine Zeitung in Uganda eine Liste mit 200 bekannten mutmaßlichen Homosexuellen.

Bosnien und Herzegowina

„Bosnischer Frühling“

Die Lage hat sich nach den Ausschreitungen vom 07.02.14 beruhigt (vgl. BN v. 10.02.14). Es wird aber weiterhin gegen die Missstände demonstriert. Die Proteste haben zu ersten politischen Konsequenzen geführt. Die Regierungen der Kantone Tuzla und Zenica sowie der Premier in Sarajevo traten zurück. In Tuzla und anderen Städten der Föderation (Sarajevo, Mostar und Zenica) haben sich sog. Bürgerforen gegründet. Hier kann jeder Bürger seine Anliegen vortragen. Am Ende wird über die Forderungen abgestimmt und diese werden ggf. an die Politik weitergereicht. Es gab erste Erfolge. So wurden fortlaufende Zahlungen für zurückgetretene Regierungsmitglieder abgeschafft und Arbeiter von fünf Betrieben in Tuzla bekommen für einen Monat eine Krankenversicherung. Die Liste der offenen Forderungen ist noch lang: Neuorganisation der Arbeitsämter, eine Revision vergangener Privatisierungen, Wiederaufbau der Industrie, Justizreform, Bekämpfung der Korruption.

Hintergrund

Das Hauptproblem ist der Aufbau des Staates. Dieser ist seit dem Frieden von Dayton 1995 in die Serbische Republik (Republika Srpska – RS) und in die muslimisch-kroatische Föderation (FBuH mit Unterteilung in zehn Kantone) geteilt. An der Spitze steht eine schwache Zentralregierung. Beide Landeshälften blockieren sich seit Jahren. Die Bemühungen der internationalen Gemeinschaft um eine Verschlingung der komplizierten und ineffizienten Machtstrukturen blieben bisher ohne Erfolg. Der Staat mit seinen etwa vier Millionen Einwohnern wird von drei Präsidenten, elf Premierministern und elf Regierungen mit zusammen weit mehr als 100 Ministern regiert; der öffentliche Dienst hat knapp 200.000 Beschäftigte. Diese Strukturen sollten eigentlich der ethnischen und religiösen Vielfalt aus orthodoxen Serben, bosnischen Muslimen und katholischen Kroaten Rechnung tragen, beförderten letztlich aber Nationalismus, Vetternwirtschaft und Korruption.

Ukraine

Lage auf der Krim

Die Lage bleibt weiter angespannt. Soldaten in Kampfanzügen ohne Abzeichen kontrollieren seit dem Wochenende mehrere Flughäfen sowie das Zentrum der Krim-Hauptstadt Simferopol. Russische Einheiten sollen am 02.03.14 zwei Militärbasen auf der Krim umstellt haben. Berichten zufolge sollen etwa tausend Soldaten in Perewalne nahe Sewastopol die dort stationierten ukrainischen Soldaten am Verlassen der Anlage gehindert haben, die Ukrainer sollen sich geweigert haben, die Basis aufzugeben. In der Kurstadt Feodosia sollen sich ukrainische Marinesoldaten verschanzt haben. Augenzeugenberichten zufolge war die Basis von russischen Streitkräften umstellt, die die etwa 400 dort stationierten Marinesoldaten überreden wollten, ihre Waffen niederzulegen. Der erst kürzlich ernannte Befehlshaber der ukrainischen Marine, Denis Beresowski, schloss sich am Abend des 02.03.14 den pro-russischen Kräften auf der Krim an. Er schwöre, das Leben der Bewohner der Krim zu schützen, sagte Beresowski im Beisein des moskautreuen Krim-Regierungschefs Sergej Aksjonow. Die Übergangsregierung in Kiew hat ein Verfahren wegen Hochverrats gegen ihn eingeleitet. Noch am Nachmittag hatte die Übergangsregierung mitgeteilt, die ukrainische Marine und ihre zehn Kriegsschiffe stünden loyal zu Kiew. Die Krim soll nach Vorstellung der neuen pro-russischen Führung künftig als eigener Staat existieren. Das teilte Krim-Parlamenteschef Wladimir Konstantinow mit. In mehreren Städten der Schwarzmeer-Halbinsel demonstrierten Menschen gegen die Regierung in Kiew. Die Krim-Regierung hatte Russland um Schutz vor gewaltbereiten ukrainischen Nationalisten und Extremisten angerufen, das russische Parlament hatte am 01.03.14 einen Militäreinsatz in dem Nachbarland gebilligt.

Als Reaktion auf den russischen Parlamentsbeschluss versetzte die Ukraine ihre Streitkräfte in volle Kampfbereitschaft, am 02.03.14 rief sie ihre Reservisten ein. Es handele sich bei der Anordnung aber nicht um eine Generalmobilmachung, die Übergangsregierung versuche, alle nötigen Maßnahmen zur Wahrung von Ruhe und Ordnung zu ergreifen. Auf dem Maidan im Zentrum der Hauptstadt Kiew versammelten sich am 02.03.14 rund 50.000 pro-westliche Demonstranten und skandierten: „Wir werden uns nicht ergeben!“

Am Morgen des 03.03.14 berichteten ukrainische Grenztruppen über einen Aufmarsch gepanzerter Fahrzeuge an der russischen Küste gegenüber der Krim. Russland blockiere zudem das Mobilfunknetz in Teilen der Krim.

Russische Förderung

Krise in der Ukraine verschärft sich zum internationalen Konflikt

Die Androhung eines russischen Kampfeinsatzes auf der Krim hat das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen in eine schwere Krise gestürzt. US-Präsident Barack Obama drohte am 02.03.14, Kreml-Chef Wladimir Putin werde eine Invasion der Ukraine „teuer zu stehen kommen“. Der G-8-Gipfel im Juni 2014 im russischen Sotschi steht auf der Kippe. US-Außenminister Kerry warnte, Russland könne sogar aus dem Kreis der G-8-Industriestaaten ausgeschlossen werden.

Mehrjährige Haftstrafen für Regierungsgegner

Im sog. Bolotnaja-Prozess hatte die Staatsanwaltschaft Haftstrafen zwischen fünf und sechs Jahren für die acht Angeklagten gefordert. Die Richterin sah es als erwiesen an, dass die sieben Männer und eine Frau am 06.05.12 an gewaltsamen Ausschreitungen gegen Polizisten in Moskau maßgeblich beteiligt gewesen seien. Damals waren Proteste gegen die dritte Amtseinführung des russischen Präsidenten Wladimir Putin eskaliert.

Regierungskritiker sagten dagegen, die Gewalt bei den Demonstrationen auf dem Moskauer Bolotnaja-Platz sei von der Polizei ausgegangen. Die Verteidigung hatte auf Freispruch aus Mangel an Beweisen plädiert. Am 24.02.14 setzte das Gericht in Moskau die Strafhöhe fest. Von den acht Angeklagten bekamen sieben Angeklagte Haftstrafen zwischen zwei Jahren und drei Jahren und sieben Monaten. Eine Angeklagte kam auf Bewährung frei. Amnesty International bezeichnete die Verurteilten als politische Gefangene. Noch bevor die Richterin das Strafmaß bekanntgab, versammelten sich hunderte Menschen vor dem Gerichtsgebäude. Mindestens 200 Kremlkritiker wurden festgenommen. Zu den Inhaftierten zählte auch der prominente Oppositionspolitiker Alexej Nawalny. Bei den Protesten gegen mutmaßliche Justizwillkür wurden auch Nadeschda Tolokonnikowa und Maria Aljochina von der kremlkritischen Gruppe Pussy Riot festgesetzt. Am Abend des 24.02.14 versammelten sich nahe dem Kreml erneut hunderte Demonstranten, um ihren Ärger über den Prozess zu zeigen. Nach Angaben der Polizei wurden 70 Menschen wegen „Störung der öffentlichen Ordnung“ festgenommen, während die Menschenrechtsgruppe „Ovdinfo“ von mehr als 300 Festnahmen sprach.

Hintergrund

Prozessbeobachter sehen in dem Verfahren ein Signal an Putins Gegner, dass er keinerlei Widerstand gegen seine Herrschaft zulasse. Im Vorfeld des Prozesses wurden Befürchtungen geäußert, dass angesichts der Lage in der Ukraine das Urteil besonders hart ausfallen werde. Die Behörden würden damit deutlich machen, dass sie mit harter Hand gegen Unruhen vorgehen. Insgesamt waren bei den gewaltsam aufgelösten Anti-Putin-Protesten im Mai 2012 rund 400 Menschen festgenommen worden. Gegen 29 von ihnen wurde ein Strafverfahren eröffnet. Drei von ihnen wurden im vergangenen Jahr zu Haftstrafen verurteilt.

Indien

Telangana ist neuer Bundesstaat

Das indische Unterhaus hat der Gründung eines neuen Bundesstaates zugestimmt. Im Südosten des Subkontinents soll Telangana durch eine Abspaltung von Andhra Pradesh entstehen und so der 29. Bundesstaat Indiens werden. Die IT-Metropole Hyderabad soll für bis zehn Jahre beiden Bundesstaaten als Hauptstadt dienen. Die Entscheidung war von heftigen Tumulten im Parlament begleitet.

Die Menschen im Norden Andhra Pradeshs hatten die Trennung seit mehr als einem halben Jahrhundert verlangt, weil sie meinen, ihre Region werde benachteiligt. Kritiker werfen der Regierung vor, die Abspaltung sei ein Manöver, um bei den Parlamentswahlen im Mai 2014 die Chance auf mehr Abgeordnetensitze zu erhöhen. Für das Gesetzesvorhaben sind noch die Zustimmung des Oberhauses und die Unterschrift des Präsidenten nötig.



Sri Lanka

Regierung lehnt Untersuchung von Kriegsverbrechen ab

Sri Lanka hat UN-Untersuchungen zu mutmaßlichen Menschenrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs abgelehnt. Die Vereinten Nationen würden nicht anerkennen, was Sri Lanka selbst zur Aufarbeitung leistete, erklärte die Regierung in Colombo am 25.02.14. Am Vortag hatte die UN-Sonderbeauftragte Navi Pillay in einem Entwurf für den Menschenrechtsrat erklärt, die interne Aufarbeitung sei gescheitert. Der Rat hatte Sri Lanka bereits zweimal durch eine Resolution zur Untersuchung des Bürgerkriegs gedrängt. Im März tritt er wieder zusammen. Es wird erwartet, dass die USA eine Resolution einbringen, die internationales Handeln fordert.

Die sri-lankische Armee hatte 2009 die Rebellenorganisation LTTE („Befreiungstiger von Tamil Eelam“) besiegt, die im Norden der Insel einen eigenen Staat errichten wollte. Menschenrechtler werfen den Regierungstruppen vor, dabei Zivilisten und Krankenhäuser bombardiert zu haben. Die LTTE wird beschuldigt, Kindersoldaten rekrutiert und Zivilisten als menschliche Schutzschilde missbraucht zu haben.

China

Anschlag in Kunming fordert zahlreiche Todesopfer

Mehr als zehn mit Messern Bewaffnete griffen am 01.03.14 am Bahnhof in Kunming (Hauptstadt der Provinz Yunnan) wahllos Reisende an. Dabei wurden mindestens 29 Menschen getötet und mehr als 140 verletzt. Die Polizei erschoss mindestens vier der Angreifer, andere sollen auf der Flucht sein; eine Angreiferin soll festgenommen worden sein. Die Behörden sprachen von einem Terrorakt uigurischer Separatisten aus der Uigurischen Autonomen Region Xinjiang. Zunächst bekannte sich niemand zu dem Anschlag.

Xinjiang: Aktivist angeklagt

Wie am 25.02.14 bekannt wurde, wurde der Universitätsprofessor und uigurische Aktivist Ilham Tohti wegen Separatismus in Ürümqi offiziell angeklagt. Ihm droht im Falle einer Verurteilung eine zehnjährige bis lebenslängliche Haftstrafe oder gar die Todesstrafe. Tohti befindet sich seit dem 15.01.14 in Haft (vgl. BN v. 20.01.14), ebenso vier von acht seiner Studenten, die am selben Tag festgenommen worden waren. Zwei der inhaftierten Studenten wurden, wie vergangene Woche bekannt wurde, zusammen mit einem weiteren, am 17.01.14 festgenommenen Studenten, ebenfalls offiziell angeklagt. Ihnen wird Separatismus bzw. die Enthüllung von Staatsgeheimnissen vorgeworfen.